

# nas

## *nonviolent action solidarity with Sudan*

30.1.2013

zusammenstellung: julia k. kramer, [jkk@juliakkramer.de](mailto:jkk@juliakkramer.de)



### Germany - Sudan South Sudan Business Day Business As Usual?!

Am 29. Januar 2013 fand im Auswärtigen Amt Berlin unter Schirmherrschaft des deutschen Außenministers und auf Einladung des "Afrikaverein der Deutschen Wirtschaft" sowie "Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry" ein "Germany - Sudan and South Sudan Business Day" statt.

Die Veranstaltung, die wegen der Angriffe von Islamisten auf die deutsche Botschaft im Khartoum im letzten September verschoben worden war, stand im Kontext des Besuchs des sudanesischen Außenministers Ali Ahmed Karti in Berlin. Laut Auswärtigem Amt war das Ziel der Konferenz, den Friedensprozess zwischen Südsudan und der Republik Sudan zu stärken, da im Kontext der Unabhängigkeit des Südsudan 2011 zahlreiche Fragen (Grenzziehung, Ölförderung und -abtransport u.a.) unklar geblieben und umkämpft sind. Die Konfliktparteien hatten sich Anfang Januar 2013 in Addis Abeba geeinigt, einen von der Afrikanischen Union zu erstellenden Zeitplan zur Lösung strittiger Fragen zu befolgen. Nun sollten wirtschaftliche Anreize diesen Prozess stabilisieren.

Die Konferenz war jedoch von vornherein umstritten, da der Fokus des Interesses zu eindeutig auf dem (Nord-)Sudan lag, der

durch über 100 Teilnehmende, die südsudanesische Delegation jedoch nur von 17 vertreten war. Die Republik Sudan ist jedoch seit 1989 eine Militärdiktatur, deren Regierung der "Nationalen Kongresspartei" unter Omar AlBashir für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist und Bürgerkrieg führt (s.S.4-5).

Während kein anderes westliches Land aktuell solche Veranstaltungen mit dem Sudan durchführt, protestierten sowohl sudanesisch als auch internationale Menschenrechtsorganisationen gegen diesen Vorstoß Deutschlands. In der deutschen Öffentlichkeit jedoch blieb die Konferenz weitgehend unkommentiert. Eine angemeldete Demonstration von 50-60 Personen vor dem Auswärtigen Amt wurde indes von der Polizei mit Gewalt geräumt (Augenzeugenbericht S.3), es gab mindestens 3 Verletzte und 3 Verhaftungen. Laut Veranstaltungsleiter gab es keine Durchsage, dass geräumt würde, und die Gewalt kam für die Demonstrierenden überraschend. Viele der sudanesischen DemonstrantInnen, die unter dem Bashir-Regime Gewalt erfahren haben, erlitten durch das Vorgehen der Polizei Retraumatisierungen.

Im Folgenden Perspektiven auf diesen Tag aus sudanesischer, exilsudanesischer und deutscher Sicht.



Ein bei einer Demo erschossener darfurischer Student, Sudan 7.12

# Germany - Sudan and South Sudan Business Day,

## Auswärtiges Amt Berlin, 29.1.2013



Ein sudanesischer Demonstrant vor dem Auswärtigen Amt 26.1.13

*Eine sudanesische Perspektive*

*Eine deutsche Perspektive*

*Eine exilsudanesische Perspektive*

### “Deutschland: Menschen gehen vor Profit!”

*Offener Brief der sudanesischen gewaltfreien Bewegung Girifna*

Girifna verurteilt Deutschlands Bemühungen scharf, die Regierung des Sudan mit finanzieller Hilfe, ökonomischer Entwicklung und der Stärkung von Verbindungen zwischen der sudanesischen Regierung und Deutschland's Wirtschaftskreisen zu unterstützen.

Indem es die wirtschaftliche Investitionskonferenz am 29.1.2013 veranstaltet, sendet das deutsche Außenministerium die falsche Botschaft an ein Regime, das eine schreckliche Menschenrechtsbilanz hat, allein in den letzten 12 Monaten - ganz zu Schweigen von den letzten 23 Jahren.

Als Gastgeber der Konferenz stellt der deutsche Außenminister, Herr Westerwelle, seine eigenen Werte der Menschenrechte in Frage, die er auf seiner Website verkündet...

=> S.4 // [www.girifna.com/7752](http://www.girifna.com/7752)

### Germany - Sudan and South Sudan Business Day

*Aus der Einladung des Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft*

“Der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft und die Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry veranstalten am Dienstag, 29. Januar 2013 einen Germany – Sudan and South Sudan Business Day im Auswärtigen Amt, Weltsaal [...].

[...] Wirtschaftlich schafft diese positive Entwicklung [der Ergebnisse von Gesprächen zwischen Sudan und Südsudan] neue Perspektiven, denn nicht zuletzt durch die reichen Bodenschätze eröffnen sich für ausländische Unternehmen und Investoren geschäftliche Chancen.

[...] Die Veranstaltung bietet eine hervorragende Plattform für branchenbezogene B2B Meetings und Gespräche.”

=> [www.afrikaverein.de/kalender/veranstaltungen/detail/?id=1edc6743-21d3-6dad-3b84-50ebdb6c2d28](http://www.afrikaverein.de/kalender/veranstaltungen/detail/?id=1edc6743-21d3-6dad-3b84-50ebdb6c2d28)

### Demo vor dem Auswärtigen Amt, 29.1.2013

*Spontaner Erfahrungsbericht von Mai Shutta, sudanesische Menschenrechtlerin, 2012 für 6 Wochen im Sudan im Gefängnis*

Wir starteten um 9.30 Uhr am Oranienplatz. Die Demo gegen die Business-Konferenz war organisiert von Deutschen und SudaneseInnen. Um 10 Uhr erreichten wir das Auswärtige Amt. Die Registrierung der Demo war etwa um 9.20 Uhr gewesen. Wir standen nicht in der Nähe der Tür und versuchten dorthin zu kommen, aber die Polizei hielt uns davon ab und blockierte uns, aber niemand sagte uns ob dieser Platz nun ok sei. Wir standen also dort und hielten unsere Kundgebung. Niemand stellte uns irgendwelche Fragen. Die Polizei sprach mit einem der deutschsprachigen Organisatoren, aber wir verstanden nicht, was sie sagten. N. war auch da, aber sie verstand auch nicht was sie sagten...

=> S.3



# Demo-Bericht einer Augenzeugin

(Fortsetzung von S.2)

Der deutschsprachige Organisator versuchte zu übersetzen, aber dann kamen drei andere Polizisten und begannen mit ihm zu sprechen. Die Konsequenz war, dass er nicht in drei verschiedene Sprachen übersetzen konnte (Französisch, Englisch, Arabisch). Plötzlich kamen eine Menge Polizeiautos, aber wir dachten das sei für mehr Schutz und führten unsere Reden weiter. Viele Polizisten kamen aus etwa 15 bis 20 Polizeiwägen, mit großen Helmen. Der deutschsprachige Organisator rannte zu uns um uns zu sagen was der Polizist im Auto gesagt hatte, dass wir die Strasse räumen sollten. Wir sagten dem Organisator, wir müßten es noch unseren Leuten übersetzen. Der Organisator sagte das sei ok, er würde es der Polizei mitteilen. Doch noch bevor wir wirklich unter uns die Lage klären konnten, begann die Polizei uns zu stoßen. Sie nahmen zwei Leute mit (siehe Fotos), später noch einen. Ein Polizist schlug einen Demonstranten ins Gesicht und brach seine Nase, weil er versucht hatte seinen Freund von der Polizei zurückzuziehen. Dann kamen sehr viele Polizisten immer näher, zogen Menschen herum.

Als ich hinging um den Leuten zu sagen, sie sollen auf die andere Strassenseite kommen, stieß ein Polizist mich sodass ich hinfiel und meine Hand verletzte.

Später drohte die Polizei, Gas gegen uns anzuwenden. Die Polizei ging mit den zwei verhafteten Freunden zu den Autos, und wir riefen "Free our friends, we will move from here." Aber sie sagten dass sie sie jetzt nicht freilassen würden.

Wir blieben am selben Platz stehen, und ein paar unserer Freunde gingen zum Krankenhaus. Andere gingen zur Polizei um unsere Freunde freizubekommen. Die Polizei nahm die Registrierung der Demonstration und zerstörte sie, und sagte, dass die Demo jetzt nicht mehr legal sei. Danach bewegten wir uns auf die andere Straßenseite, immer noch kontrolliert von vielen Polizisten. Nach etwa 2h kam eine eritreische Gruppe, um ebenfalls zu demonstrieren. Sie blockierten die Straße für 40 Min, aber die Polizei löste die Blockade nicht auf. Warum in dem Fall nicht? Später entschieden wir, zu unseren Freunden zu gehen, und sagten der Polizei, dass die Demo zuende sei und wir gehen wollten. Sie blockierten uns wieder und sagten, dass wir nicht als Gruppe gehen könnten, sondern nur jeweils zu zweit. Wir sagten nein, denn wir waren als Gruppe gekommen und gingen auch als eine. Sie ließen uns gehen aber umringten uns auf dem Weg. Drei Polizeiautos folgten uns. Sie befahlen uns zurück zum Oranienplatz zu gehen und gingen mit uns bis dorthin. Danach gingen sie, und wir gingen unsere Freunde aus dem Gewahrsam zu holen.

Einem wurde vorgeworfen, dass er bei der Demo sein Gesicht bedeckt hatte (das hätten sie auf einem Film gesehen) und weil er sie geschützt habe, indem er sie umarmte. Nach 20 Min wurde auch er entlassen.

Wir entschlossen uns, N. zu suchen, da sie die Demo frühzeitig verlassen hatte. Sie hatte geweint und geschrien wegen ihres Traumas, weil sie die Gewalt und das Blut auf der Demo gesehen hatte.

Meine Frage: Wurden wir so behandelt, weil wir SudanesInnen sind und unser Land und die Menschen in unserem Land beschützen wollten? Warum hat die deutsche Polizei Gewalt gegen uns angewendet - sind wir denn keine menschlichen Wesen?

*Mai Shutta ist Menschenrechtsaktivistin, Trainerin für Gewaltfreiheit und Girifna-Mitglied, z.Zt in Deutschland.*



**oben:** Mai Shutta's verletzter Arm, nachdem sie im Juni 2012 im Sudan von einem wohl zur sudanesischen Security gehörenden Motorradfahrer niedergeschlagen wurde, und später bei einer Demonstration vor den Polizeischlagstöcken floh und auf den Arm stürzte. Am Tag nach der Skype-Aufnahme wurde sie für 6 Wochen verhaftet.

**unten:** Mai Shutta's geschwollener Arm nach dem Sturz bei der Demo in Berlin.



## Offener Brief der sudanesischen Bewegung Girifna, Forts. von S.2: Deutschland: Menschen gehen vor Profit!



...Die Einladung durch den Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft macht es deutlich, dass Deutschland's Hauptinteressen Wirtschaftsgewinne und Ressourcenausbeutung für deutsche Firmen sind. Deutschland muss das Regime in Khartoum für die Verbrechen an seiner Bevölkerung haftbar machen anstatt es zu belohnen.

### Zwei Drittel des Sudan ertrinken im Krieg

Die nationale Kongresspartei (NCP) gibt über 80% des nationalen Budgets für einen umfassenden Krieg gegen die Bürger\_innen des Sudan aus.

Während wir dies schreiben, geht der Konflikt in Darfur in seine erste Dekade, mit keiner Aussicht von Seiten der NCP, diesen Krieg zu beenden, der über 250,000 Menschen in den letzten 10 Jahren getötet und Millionen vertrieben hat. Der Präsident des Sudan und sein Verteidigungsminister werden darüberhinaus vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Darfur begangen wurden, gesucht.

Seit Juni 2011 sind zwei neue Konflikte in den Nubabergen und dem Blue Nile State ausgebrochen, wo die Regierung gegen bewaffnete Oppositionsgruppen kämpft. Tausende Bürger\_innen sind täglich Bombenangriffen aus der Luft, sowie dem Mangel an Nahrungsmitteln und Gesundheitsversorgung ausgesetzt. Die Regierung des Sudan hat bislang der internationalen Gemeinschaft einen sicheren und offenen Zugang verweigert, um diesen Zivilisten humanitäre Hilfe zu leisten.

### Angriffe auf die unabhängige Zivilgesellschaft und das Recht der friedlichen Vereinigung

Die Angriffe gegen die unabhängige Zivilgesellschaft haben 2012 eine beispiellose Wendung genommen. AktivistInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich gegen diese neuen Kriege ausgesprochen haben und die Gräueltaten gegen Zivilisten ans Licht brachten wurden langfristig in Gewahrsam genommen, ihre Organisationen geschlossen, sie wurden ins Exil gezwungen, und ihre Häuser

durchsucht und Computer und Kameras konfisziert. [...] Zwischen November und Dezember 2012 wurden fünf zivilgesellschaftliche Organisationen und Kulturzentren in Khartoum von NISS (National Intelligence and Security Service) und dem Kultusministerium geschlossen. Diese Organisationen waren geschützte Räume des freien Ausdrucks, Kreativität und Wissen. Noch wichtiger, sie arbeiteten daran, eine Kultur der Demokratie, Menschenrechte und friedlicher Ko-Existenz zu verbreiten. Sie wurden ohne Warnung und in manchen Fällen ohne Begründung oder formeller Dokumentation geschlossen.

### Komplette Schließung der unabhängigen Medien und Angriffe auf die freie Meinungsäußerung

Zeitungen werden weiterhin zensuriert, indem die Chefredakteure SMS mit Warnungen erhalten, nichts über bestimmte Themen zu veröffentlichen. [...] Unabhängige Zeitungen werden regelmäßig konfisziert, was eine schwere finanzielle Last für die Herausgeber ist.



Somia Hundosa, eine sudanesische Journalistin, wurde am 29.10.2012 nahe ihres Hauses gekidnappt, und einige Tage später in einer abgelegenen Gegend wiedergefunden: gefoltert, mit Brandwunden und einem rasierten Kopf. Hundosa wurde gefoltert weil sie ihr verfassungsmäßiges Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen hat, und wir machen NISS für jede Bügeleisenverbrennung auf ihren Armen und ihrem Rücken verantwortlich [...].

### **Gewaltsame Angriffe auf friedliche Demonstranten und massiver Anstieg politischer Verhaftungen**

Das Recht auf friedlichen Protest und Versammlung wird nach wie vor von der sudanesischen Regierung verletzt. Friedliche Proteste im Juni und Juli 2012, die von Universitätsstudentinnen angestoßen wurden, trafen auf ein gewaltsames Echo des Regimes. Dieses beinhaltete Massenverhaftungen von BürgerInnen, Studierenden, KoordinatorInnen von **J u g e n d b e w e g u n g e n**, JournalistInnen, Mitglieder politischer Parteien und der Zivilgesellschaft, die bis zu 2 Monate ohne Anklage oder Prozesse im Gefängnis verbrachten.

An den Universitäten mobilisierte die Regierung eine große Menge an Bereitschaftspolizei und regierungsnahen Studierenden, die mit Metallstangen, Messern, Tränengas und anderen Waffen friedlich protestierende Studierende einschüchterten und angriffen.

Am 31. Juli erreichten die Proteste Nyala, die Hauptstadt von Süddarfur. Diese Proteste wurden von der Bundespolizei nicht nur mit Schlagstöcken und Tränengas sondern mit scharfer Munition

aufgelöst, was zum Tod von 12 Personen, zumeist Studierenden, führte, und zu etwa 80 Verletzten. Anfang Dezember 2012 gab es eine erneute Welle von Studentenprotesten, nachdem vier Studenten von der Universität von Gaziera von NISS Agenten getötet worden waren. Dies geschah, nachdem Studierende mit Darfurischer Herkunft ein friedliches Sit-In organisiert hatten, um eine Befreiung von Studiengebühren zu fordern - ein Recht, das ihnen laut dem Doha-Abkommen [Darfur-Friedensabkommen] und präsidentialem Dekret zusteht.

### **WAS WIR VON DEUTSCHLAND WOLLEN**

Unter diesen unerträglich repressiven Umständen, erwartet GIRIFNA, dass jegliche Art von Unterstützung und humanitärer Hilfe ausschließlich den sudanesischen Menschen zugute kommt, und nicht dem mörderischsten Regime auf dem afrikanischen Kontinent.

Die Massenproteste auf den Straßen im letzten Jahr, und die kürzliche Vereinigung der Opposition unter dem Banner der "New Dawn Charta" [einer Charta gewaltfreier und gewaltsamer Opposition vom Januar, die sich auf eine Beendigung der Diktatur verständigt], sind ein klarer Indikator, dass die Menschen des Sudan gesprochen haben, und dass sie laut gesprochen haben. Es ist jetzt an der Zeit für Deutschland und die Europäische Union, zuzuhören.

**WIR WOLLEN EIN ENDE DER NCP-HERRSCHAFT**, und indem ihr sie wirtschaftlich unterstützt gebt ihr einem toten Regime eine längere Lebensspanne, und ihr seid auf der falschen Seite.

LINKS ++ LINKS ++ LINKS ++

### **Berichterstattung:**

Deutsche Welle:

[www.dw.de/deutscher-business-treff-mit-sudan-und-s%C3%BCdsudan/a-16558060](http://www.dw.de/deutscher-business-treff-mit-sudan-und-s%C3%BCdsudan/a-16558060)

The Niles:

[www.theniles.org/articles/?id=1666](http://www.theniles.org/articles/?id=1666)

Sudan Tribune:

[www.sudantribune.com/spip.php?article45340](http://www.sudantribune.com/spip.php?article45340)

### **Veranstaltungsdokumente:**

Einladung des Afrikaveroin der Deutschen Wirtschaft:

[www.afrikaveroin.de/kalender/veranstaltungen/detail/?id=1edc6743-21d3-6dad-3b84-50ebdb6c2d28](http://www.afrikaveroin.de/kalender/veranstaltungen/detail/?id=1edc6743-21d3-6dad-3b84-50ebdb6c2d28)

Auswärtiges Amt:

[www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Sudan/130128\\_Wirtschaftskonferenz.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Sudan/130128_Wirtschaftskonferenz.html)

Rede von Außenminister Westerwelle:

[www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2013/130129-BM\\_SDN\\_SSD.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2013/130129-BM_SDN_SSD.html)

### **Protest:**

sud. Bewegung Girifna: s. S.4-5

Protestbrief internationaler Nichtregierungsorganisationen:

<http://actforsudan.org/2013/01/21/%E2%80%A8rights-groups-genocide-scholars-germany-cancel-sudan-investment-conference/>

Demonstration von Asylstrike:

<http://asylstrikeberlin.wordpress.com/2013/01/29/police-attacks-during-demonstration/>

Gesellschaft für bedrohte Völker:

[www.gfbv.de/pressemit.php?id=3378](http://www.gfbv.de/pressemit.php?id=3378)

Kommentar von Eric Reeves:

[www.sudantribune.com/spip.php?article45273](http://www.sudantribune.com/spip.php?article45273)



# Gedankenfragmente inkl. Emotion Vom Recht auf Nichtunterstützung, und dem Recht auf Widerstand

Business Day im Auswärtigen Amt in Berlin. Ein sudanesischer und ein deutscher Außenminister, Wirtschaftsvertreter Deutschlands, ein paar Südsudanese\_innen zur Verzierung des "Peacy"-Anstrichs der Veranstaltung.

Einige lauschige Worte zu Frieden und Menschenrechten, danach überlassen die Minister den Hard Facts der Wirtschaftswelt den Raum: Welche Sektoren Möglichkeiten für welche Wirtschaftskooperationen bieten. Die Einladung des "Afrikaverein der deutschen Wirtschaft" drängt den Gedanken auf, dass es in erster Linie um deutsche Wirtschaftsinteressen geht.

Business as Usual: Transfer afrikanischer Bodenschätze in den Westen, Auftragsgekungel großer Infrastrukturprojekte - für 440 Euro Teilnahmegebühr für den Tag ist man dabei! Deutschland liefert, seitdem nach Ende des sogenannten "Kalten Kriegs" die Jahrzehnte langen direkten Waffenlieferungen in das Kriegsland eingestellt wurden, Kommunikationstechnologie (von der Regierung überwacht), Verkehrsinfrastruktur (ggf. auch für den Krieg gegen die eigene Bevölkerung nutzbar) und Kraftwerke - der Veranstaltungssponsor Lahmeyer int. ist angeklagt, weil durch den von seinen deutschen Ingenieuren mitgebauten Merowe-Staudamm die lokale Bevölkerung durch vorzeitige Überflutung überrascht und vertrieben wurde.

Szenenwechsel: „N. lag am Boden, sie hat die Straße umarmt. Sie hat geweint, Julia. Sie hat geschrien dass sie sie einfach töten sollen. Ich weiß nicht wo sie jetzt ist...“

Die panische Stimme am anderen Ende der Handyverbindung gehört Mai Shutta, der Ort des Geschehens ist vor dem Auswärtigen Amt in Berlin. "Um uns sind Polizisten, sie behandeln uns nicht wie Menschen, sie haben einen blutig geschlagen. Sie haben versucht meine Memory-Karte aus der Kamera zu nehmen. Das fühlt sich wie eine Wiederholung dessen an, was im Sudan geschehen ist. Ich dachte ich wäre sicher hier! Ist das, weil wir schwarz sind?"

In meinem Schock über den Schock, den Mai anscheinend erlitten hat, gehen mir verschiedenste Gedankenfragmente und Fragen durch den Kopf.

Ich bin persönlich, emotional getroffen. Dies wurde mir in der Vergangenheit manchmal als "Irrationalitätsfaktor" ausgelegt. Ich denke allerdings, dass Schmerz auch Teil eines Erkenntnisprozesses sein kann, der die eigene Realität und die andere, die Wahrheit der Betroffenen und die offizielle Version des Geschehens wahrnimmt und bewertet. "You can't be neutral on a moving train" sagt der amerikanische Schriftsteller Howard Zinn. Also schreibe ich meine Gedankenfragmente, das was mir auf der Seele brennt.

## Eliten, falsche Argumente und überlebende Held\_innen

Die Schar der Protestierenden vor dem Auswärtigen Amt ist klein, wenn auch nicht minder verzweifelt. Die meisten von ihnen sind sudanesischer Flüchtlinge vor dem Regime, die es durch die engen Ritzen in die u.a. militärisch abgeriegelte "Festung Europa"

SUPPORT ++ SUPPORT ++ SUP

## Bildungsbroschüre "Gesichter der Gewaltfreiheit im Sudan"

inkl. 2x15 Karten zu Identität und gewaltfreier Aktion sudanesischer AktivistInnen, für Empowerment & Bildungsarbeit.

Bestellbar unter:

[www.act4transformation.net/index.php?id=35](http://www.act4transformation.net/index.php?id=35)



## Gesichter der Gewaltfreiheit im Sudan

وجوه اللاعنف في السودان  
Informations und Portraits für politische Bildungsarbeit und Empowerment  
von Mai Shutta und Julia Wimmer

## Spenden für die Sudan-Solidaritätsarbeit:

Wenn Du /Sie die laufenden Kosten der Solidaritätsarbeit für die gewaltfreie Bewegung im Sudan (Öffentlichkeitsarbeit, Menschenrechtsarbeit, Lobbyarbeit, Vernetzung) finanziell unterstützen und damit weiterhin ermöglichen wollt/wollen:

Bitte steuerabzugsfähige Spende überweisen an:

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.  
Stichwort "Sudan"  
Kontonr.: 8023334800  
BLZ: 43060967, GLS-Bank Bochum

Cartoon: Talal Nayer, <http://tnayer.blogspot.de/>



geschafft (Eine Opferliste findet sich hier: [www.unitedagainstracism.org/pdfs/listofdeaths.pdf](http://www.unitedagainstracism.org/pdfs/listofdeaths.pdf)) und sich hier dem "Asylstreik" angeschlossen haben, einer Bewegung von Asylbewerber\_innen, die sich in ihrem und trotz ihres aktuellen ungeklärten Aufenthaltsstatus für Bewegungsfreiheit und Menschenwürde einsetzen, und durch das Brechen der "Residenzpflicht" zivilen Ungehorsam begehen.

Wenn ich diese Diskrepanz der Bilder betrachte, spüre ich selbst nicht nur Wut, sondern auch Verzweiflung und Scham. Ich frage mich, was bewegt die Bundesregierung zu einer solchen Veranstaltung?

Deutschland erkennt den Internationalen Strafgerichtshof an, und ist Mitglied der wichtigsten Menschenrechtsabkommen, hat selbst eine mehr als grauenvolle Diktaturerfahrung hinter sich, und deswegen u.a. sogar das Widerstandsrecht in der Verfassung festgeschrieben.

Eine solche Konferenz ist da bestenfalls Hohn, schlechtestenfalls

wurde nichts aus der eigenen Geschichte gelernt, wie Sudan-Experte Eric Reeves vorwirft. Neben den Eigeninteressen der Bundesrepublik kommen dafür m.E. zwei Leitmotive in Frage: Zum einen die Annahme, dass wirtschaftliche Entwicklung durch einen "Trickle Down Effect" der breiten Bevölkerung nützt. Zum anderen die laut informierten Kreisen ebenfalls in der deutschen Sudan-Politik herrschende Annahme, dass Bashir's Regime ein Stabilitätsfaktor in der Region sei - habe er doch den Südsudan relativ friedlich in die Unabhängigkeit gehen lassen und als Islamist durchaus im "Kampf gegen den Terror" kooperiert. Es könne schlimmer kommen als Bashir, heißt es.

#### **Power to the People**

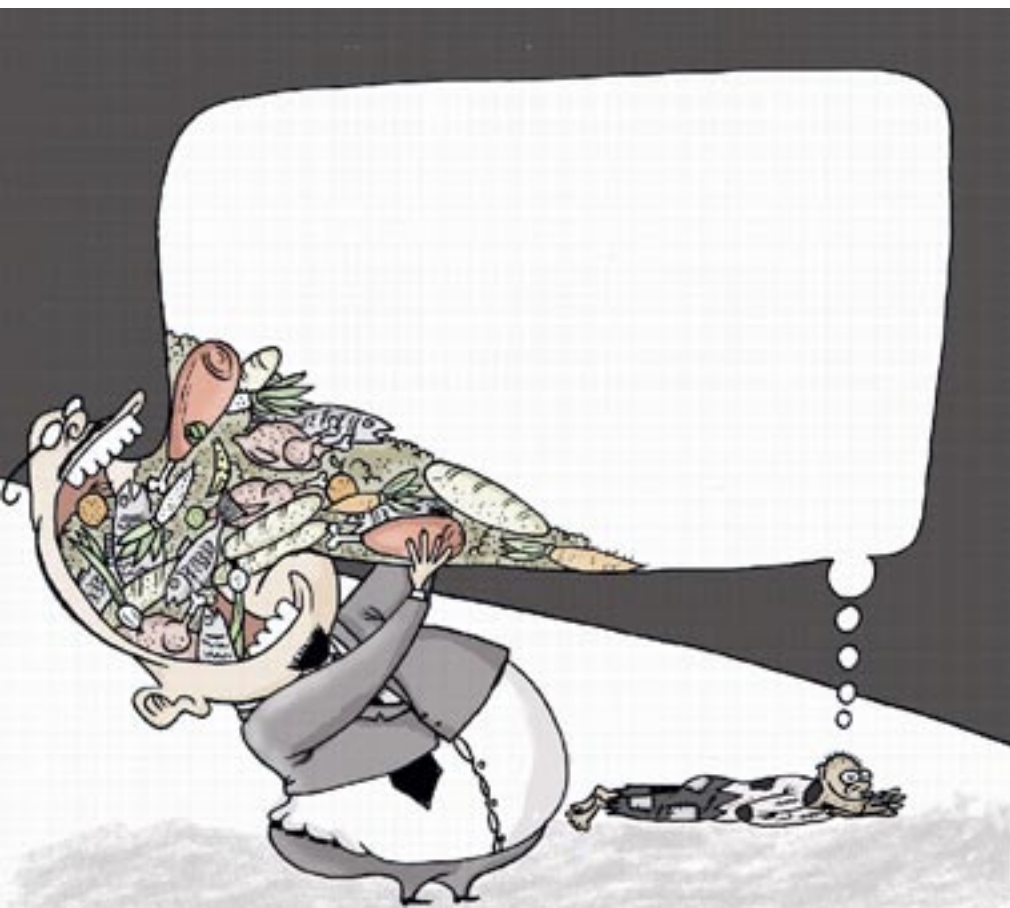
#### **Elites // Military // Business.....**

Das erste Argument ist schon allein durch die hohen Militärausgaben (>70%) des Regimes entkräftet - Großprojekte, die bei einer solchen Wirtschaftskonferenz zustandekommen, dienen vielmehr der Konsolidierung der Macht-

und Unterdrückungsverhältnisse im Sudan zwischen politischer und wirtschaftlicher Elite und der großen Masse. Die Argumentation, Bashir's Regime sei ein Stabilitätsfaktor, wirft bei mir wiederum die Frage auf: Was für eine Stabilität ist denn angesichts der Menschenrechtslage und der gewaltsamen Konflikte im Land und mit Nachbarn wirklich gemeint? Oder andersherum gefragt: Wie schlimm muss es werden, bis diese Situation nicht mehr geduldet wird, oder nicht mehr von den Menschen vor Ort geduldet werden muss? Wer entscheidet dies? Eine solche Konferenz fällt genau den Vielen in den Rücken, die ihre Sicherheit, Gesundheit oder gar ihr Leben verloren haben, weil sie sich mutig und gewaltfrei gegen dieses Unrechtsregime und für die für uns so selbstverständlichen (!) Werte wie Menschenrechte und Demokratie einsetzten.

Es ist mir unverständlich und ärgerlich, dass selbst nach Beginn des "arabischen Frühling" solche zivilen sozialen Bewegungen von westlichen Regierungen und Think Tanks penetrant als Akteure ignoriert werden. Aber auch die Medien bilden nicht ab, dass z.B. im letzten Sommer ca. 2000 Menschen bei Protesten von Zehntausenden verhaftet und teilweise viele Wochen ohne Anklage festgehalten und oft gefoltert wurden. Auf diese wohl legitimsten und vielleicht auch effektivsten Akteure der Veränderung im Sudan sollten wir sehr genau hören, wenn wir uns dort schon einmischen wollen!

Das Wort "Revolution" scheint uns unangenehm zu sein, als hätten wir vergessen, dass Revolutionen auch im Westen ein zentrales Moment waren, um zunächst unerreichbar scheinende Ideale wie "Demokratie" durchzusetzen. Konflikte mit



asymmetrischer Machtverteilung können nur gelöst werden, indem die schwächere Partei, in dem Fall die zivile Bewegung, sie eskaliert, und dabei weltweit Gehör findet.

Wir, der Westen, hören aber bei dem bisschen, das trotz der Zensur zu uns dringt, zumeist weg. Sudan ist ohnehin fast ein "schwarzes Loch", was deutsche und internationale Berichterstattung angeht. Und von den wenigen zivilgesellschaftlichen Akteure, die zum Sudan arbeiten, halten sich die meisten mit klaren Statements zurück, da sie sich nicht ihre Chancen verderben wollen, Visa für den Sudan zu bekommen.

### Fremde entfremden

Die sudanesischen Demonstrierenden indes finden sich bei ihrem Einsatz für einen Regimewechsel und Menschenrechte in einem Kreislauf der Marginalisierung wieder: Krieg - Protest - Polizeigewalt - Gefängnis - Flucht - Protest - Polizeigewalt..... Dass die deutsche Polizei hierbei während des Business-Tages die "Vertreter" des sudanesischen Volkes gegen das eigene Volk hier in Deutschland schützt und schützen muss, mag zwar aus diplomatischen Gründen stimmig sein, bildet aber die Absurdität der Geschehnisse ab.

Während wir in Deutschland das "Widerstandsrecht" haben, um uns gegen Bedrohungen unserer Demokratie zu wehren, stellt sich in einer globalisierten Welt die Frage: Welches Recht haben Menschen anderer Herkunft hier, sich gegen Bedrohungen demokratischer und menschenrechtlicher Grundwerte in ihrem Land zu wehren, wenn die Vertreter dieser Bedrohung sich zu Staatsbesuchen hier in Deutschland aufhalten, gar von der Bundesregierung hoffiert werden?

Und hat die Polizei in einem demokratischen Staat nicht die Pflicht, dafür zu sorgen, dass ein

Mensch, egal welcher Herkunft, der dieses Recht gewaltfrei wahrnimmt, für ihn verständlich vorgewarnt wird, bevor man ihm die Nase einschlägt?

### "Ihr habt Argumente, wir haben nichts"

Inwieweit die gewaltsame Eskalation von Seiten der Polizei aus gegenseitigem Mißverstehens und psychologischen Auslösern, oder doch auch mit einer Portion Rassismus geschehen ist, inwieweit die Örtlichkeit und der Fakt eine Rolle gespielt haben, dass die Protestierenden teils als Aktivist\_innen im Asylstreik bekannt sind, ist für mich schwer abschließend zu beurteilen. Menschen zu verletzen, ist jedenfalls immer hässlich und meistens unnötig.

Mai und andere, die ich schon aus dem Sudan kenne, haben ihr Sicherheitsgefühl in Deutschland, wo sie Zuflucht gesucht haben, verloren.

Für mich als gewaltfreie Aktivistin wurde an diesem Tag nachvollziehbar, wie sich möglicherweise Frustration in Aggression - und manchmal auch Gewalt - umwandeln kann. Auch strukturelle oder indirekte Gewalt kann Gegengewalt erzeugen. Und der Berg der strukturellen Gewalt, den wir global mit uns tragen, bedarf dringend der Umwandlung und Heilung. Sind wir es nicht den zahlreichen Opfern schuldig, uns darum zu bemühen, selbst wenn es uns mit großen und grundlegenden Fragen und vielen schrecklichen und ganz konkreten Einzelschicksalen konfrontiert?

jk

*Julia Kramer, Conflict Resolution M.A., arbeitete von 2008-2010 im Sudan.*

## BEWEGUNG ++ BEWEGUNG

Updates auf Twitter:

#sudanrevolts, @girifnamedia, @sudanchangenow



ثورة السودان : ٣٠ يناير ٢٠١١



Gewaltfreie Widerstandsbewegung "Girifna":

[www.girifna.com](http://www.girifna.com)



Clip "Seifenwerbung":

[www.youtube.com/watch?v=IE4FbdhLpU0](http://www.youtube.com/watch?v=IE4FbdhLpU0)



Girifna Soap Ad (with English subtitles)

Protestlied "System Down" (mit Bildern von Demos und politischen Gefangenen 2012)

[www.youtube.com/watch?v=uDtw3RKU-F8](http://www.youtube.com/watch?v=uDtw3RKU-F8)

SYSTEMDOWN(#SUDA



System Down (#SudanRevolt)  
Soudan: An Unsettling Revolution (2012)  
Musical Arrangement by: Mawad  
Video by: Mawad